

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 05. Sitzungswoche 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit einer Gedenkminute in Anwesenheit des japanischen Botschafters Takahiro Shinyo hat der Deutsche Bundestag den tausenden Opfern des Erdbebens und Tsunamis in Japan gedacht. Ich trauere.

Den Lebenden können wir aber helfen. Deshalb rufe ich zum Spenden auf:

Aktion Deutschland Hilft (Bündnis zehn renommierter deutscher Hilfsorganisationen)
Spenden-Stichwort: Erdbeben/Tsunami Japan
Spendenkonto: 10 20 30
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00
Spendenhotline: 0900 55 102030
Charity SMS: SMS mit ADH10 an die 8 11 90 senden (10 Euro zzgl. üblicher SMS-Gebühr, davon gehen direkt an Aktion Deutschland Hilft 9,83 Euro)

Die Auswirkungen der Naturgewalten auf die japanischen Atomkraftwerke, insbesondere auf den Reaktorkomplex Fukushima Daiichi im Nordosten des Landes, schockieren uns alle. Explosionen haben Teile des Reaktors zerstört, die Kühlung versagte, erste Radioaktivität gelangte in die Umwelt - die Frage ist nun, kann eine Kernschmelze und somit eine radioaktive Katastrophe noch verhindert werden?

Ich bin zornig! Kanzlerin Merkel hat am 06.09.2010 behauptet „Wir haben heute schon die sichersten Kernkraftwerke der Welt“. Schwarz-Gelb hat die Laufzeit der alten und neuen AKWs verlängert und damit den Atomkonsens aufgekündigt. Es bleibt offen, ob die Atomkraftwerke stillgelegt bleiben. Ich halte das Moratorium für verfassungswidrig. Keine Regierung darf einfach par ordre de mufti ein Gesetz und damit die Rechte des Parlaments außer Kraft setzen. Nur ein neues Gesetz würde die schwarz-gelben atomaren Wendehalskapriolen halbwegs glaubwürdig machen.

Ich bin auch darüber zornig, dass Schwarz-Gelb unsere Gesellschaft mit den neuen Regelungen zum Bleiberecht spaltet, auch nicht davor zurückschreckt, Frauen zu zwingen, nun drei Jahre in einer Ehe mit einem gewalttätigen Partner zu bleiben, bevor ein eigenständiges Aufenthaltsrecht möglich wird.

Viel Spaß beim Lesen!

Mechthild Rawert



Inhalt:

- **Gesundheitspolitik**
Bessere Qualität und Transparenz in der Pflege 2
- **Presseerklärung zur Energiepolitik**
Raus aus der Atomkraft 2
- **Gleichstellung**
Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen 3
- **Innenpolitik**
Kein ausreichender Schutz für Opfer von Zwangsheirat 3
- **Außenpolitik**
EURO-Stabilität braucht Unterstützung 4
- **IPS-Programm**
Belgrad meets Berlin 4
- **Aus dem Bundestag**
Reform der Infrastrukturfinanzierung 5
Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung 5
Meldungen aus dem Bundestag 6
- **Aus Berlin und dem Wahlkreis**
Häusliche Gewalt im Gesundheitswesen 6
Frauenmärz vor dem Rathaus Schöneberg 7
Brot und Rosen: Tagesfahrt durch das politische Berlin 8
- **Einladungen/Terminhinweise** 9

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

■ Gesundheitspolitik

Bessere Qualität und Transparenz in der Pflege



Am 17. März wurde von Schwarz-Gelb der SPD-Antrag „Qualität und Transparenz in der Pflege konsequent weiterentwickeln –

Pflege-Transparenzkriterien optimieren“ (Drs. 17/1427), aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt.

Mit diesem Antrag hatten wir bereits frühzeitig darauf verwiesen, dass das von den medizinischen Diensten der Krankenkassen angewandte Prüfsystem zur Erhöhung der Professionalität in der Pflege und der Transparenz für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen Mängel aufweist. Die Erfahrungen mit den eingeführten Instrumenten haben gezeigt, dass beispielsweise das Verfahren der Stichprobenziehung zu einer lückenhaften Darstellung der Pflegequalität führt. Weiterhin bleiben wichtige Kriterien wie die Organisation der Pflegeeinrichtungen in dem Kriterienkatalog unberücksichtigt.

Und: schlechtere Einzelnoten von Pflegeheimen bei zentralen Punkten wie Versorgung oder Ernährung können durch andere „Wohlfühlkriterien“ wie Unterhaltungsprogramme aufgewogen werden.

Wir fordern die VertragspartnerInnen in der Pflege auf, nötige Änderungen in den Pflege-Transparenzvereinbarungen zeitnah zu treffen und umsetzen. Hängepartien auf dem Rücken der zu Pflegenden, wie in den vergangenen Monaten, sind nicht hinnehmbar.

Das verbindende Ziel der Verbesserung der Pflegequalität und der Transparenz muss im Interesse der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen bundesweit umgesetzt werden. Dazu gehört für uns als SPD-Bundestagsfraktion eine Modifizierung der Stichproben, damit nachvollziehbare personenbezogene Kriterien geprüft und abgebildet werden können und somit eine Vergleichbarkeit gewährleistet ist. Mängel bei den personenbezogenen Kriterien müssen im Bewertungssystem eindeutig gewichtet werden und am Ende für alle Betroffenen klar ersichtlich und in der Endnote der Pflegeeinrichtung erkennbar werden.

■ Presseerklärung zur Energiepolitik

Raus aus der Atomkraft

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die sofortige und endgültige Abschaltung der ältesten deutschen Reaktoren. Deutschland muss den Ausstieg aus der Risikotechnologie Atomkraft so schnell



wie möglich vollziehen, weil sie nicht beherrschbar ist. Das zeigen die aktuellen Ereignisse in Japan überdeutlich. Ich bin deshalb enttäuscht von meinen Bundestagskollegen in Tempelhof-Schöneberg, Herrn Dr. Jan-Marco Luczak von der CDU und Herrn Holger Krestel von der FDP, die heute gegen einen echten Atomausstieg gestimmt haben.

Bundestagsabgeordnete tragen Verantwortung für Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger. Nur ein Verhalten, das jetzt ernsthaft zum Ausstieg aus der Atomkraft beiträgt, wird dieser Verantwortung gerecht. Ich fordere von allen Kolleginnen und Kollegen des Bundestags, diese Aufgabe anzunehmen. Meine Kollegen von CDU und FDP aus dem Wahlkreis fordere ich auf, ihre Position zur Atomkraft im Interesse der Wählerinnen und Wähler nochmals zu überprüfen.

Namentliche Abstimmungen zur Kernenergie

Bei insgesamt 7 namentlichen Abstimmungen hat die Regierungskoalition sich gegen einen ernsthaften Atomausstieg und gegen mehr dauerhafte Sicherheit entschieden. Lediglich der Entschließungsantrag der CDU/CSU und FDP ist mit 308 Ja-Stimmen bei 272 Nein-Stimmen verabschiedet worden. Damit haben aber auch Mitglieder der schwarz-gelben Koalition (insg. 332 MdBs) gegen ihren eigenen Antrag gestimmt – so auch Herr Krestel, der sich enthalten hat. Darin wird eine Überprüfung der Sicherheitsbestimmungen für deutsche Kernkraftwerke gefordert.

Antrag der SPD

Der SPD-Antrag (Drs. 17/5049) wurde in 4 Einzelabstimmungen, davon die 2.-4. namentlich, abgelehnt:

1. dem durch Erdbeben, Tsunami und Super-GAU stark betroffenen Japan jede mögliche technische und organisatorische Unterstützung anzubieten (wurde abgelehnt)
2. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Atomkraftwerke Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Krümmel, Neckarwestheim I, Philippsburg 1 und Unterweser sofort unter Verfall der jeweiligen Reststrommengen **endgültig** stillzulegen (wurde abgelehnt)
3. unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Rücknahme der „Laufzeitverlängerung“ vorzulegen und die 2010 getroffene Vereinbarung mit der Atomindustrie zu kündigen, um zum energiepolitischen Konsens zurückzukehren. Ziel muss sein, den 2000 vereinbarten Atomausstieg zu beschleunigen, um auch die restlichen deutschen Atomkraftwerke in diesem Jahrzehnt endgültig stillzulegen (wurde abgelehnt)
4. das modernisierte kerntechnische Regelwerk des Jahres 2009 sofort in Kraft zu setzen, um den Stand von Wissenschaft und Technik zur Voraussetzung beim Betrieb deut-

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

scher Atomkraftwerke zu machen und die aus den 70er- und 80er- Jahren des letzten Jahrhunderts stammenden Vorschriften endlich abzulösen (wurde abgelehnt)

Der einzige Weg, die Sicherheit der Bevölkerung Deutschlands wirklich zu verbessern, wäre, die Gesetze zum Atomausstieg sofort wieder in Kraft zu setzen. Denn damit müssten die ältesten und am schlechtesten gegen Flugzeugabstürze geschützten deutschen Atomkraftwerke innerhalb der nächsten 12 Monate endgültig vom Netz. Angesichts der schrecklichen Ereignisse in Japan müsste das auch im Interesse der Regierungsfractionen sein. Ich hätte mir daher gewünscht, dass auch Herr Dr. Luczak und Herr Krestel für die endgültige Abschaltung gestimmt haben.

■ Gleichstellungspolitik

Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen



Deutschland hat sich 1997 mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags zur Einhaltung des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit für Frauen und Männer verpflichtet. Trotz dieses Diskriminierungsverbots ist der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern seit den 90er Jahren angestiegen und liegt nun bei 23 Prozent. Daher fordern wir die Regierung in unserem Antrag „Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen gesetzlich durchsetzen“ (Drs. 17/5038) dazu auf, einen Gesetzentwurf für die Durchsetzung der Entgeltgleichheit vorzulegen. Die Rechte von Betriebs- und Personalräten oder im Betrieb vertretenen Gewerkschaften sowie die Individualrechte der Beschäftigten, selbständig gegen Entgeltdiskriminierung vorzugehen, sollen dadurch nicht eingeschränkt werden. Freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft bringen uns aber nicht weiter. Deshalb müssen Unternehmen dazu verpflichtet werden, Entgeltstrukturen im Betrieb in Bezug auf geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen und einer behördlichen Stelle darüber Bericht zu erstatten. Die Beschäftigten und die Betriebs- und Tarifvertragsparteien sollen dabei eingebunden werden. Werden Verstöße festgestellt, sind Unternehmen verpflichtet, sie innerhalb einer festgelegten Frist zu beseitigen. Die Tarifvertragsparteien müssen ihre Tarifverträge in Bezug auf Entgeltgleichheit überprüfen und gegebenenfalls umgestalten. Zudem fordern wir die Regierung dazu auf, einen Gesetzentwurf über die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns vorzulegen.

■ Innenpolitik

Kein ausreichender Schutz für Opfer von Zwangsheirat

Am 17. März hat der Deutsche Bundestag das Gesetz der Bundesregierung gegen Zwangsheiraten beschlossen. Das Gesetz ist jedoch in sich widersprüchlich und teilweise sogar populistisch. Die schwarz-gelbe Regierung hat es in kürzester Zeit geschafft, ein eigentlich gutes Vorhaben in ein schlechtes Gesetz zu pressen.



Verlängerung der Zwangsheiraten

Der Gesetzentwurf ist in aller Eile zusammengeschustert und durch den Bundestag gepeitscht worden. An einigen Stellen steht das Gesetz dem Schutz der Opfer von Zwangsheiraten sogar entgegen. Das bestätigten selbst die von der Koalition berufenen Sachverständigen in der Anhörung des Innenausschusses am Montag, 14. März. Besonders verheerend ist die willkürliche Erhöhung der Ehestandszeit von zwei auf drei Jahre. Das Argument der Regierung, damit Scheinehen besser aufzudecken, ist haltlos, unsachlich und überhaupt nicht belegt. Ebenso läuft der Verweis auf die geltende Härtefallregel in der Regel ins Leere, weil die Opfer von Zwangsheiraten oftmals nicht in der Lage sind, ihre Zwangslage zu beweisen. Unterm Strich bewirkt die Koalition mit ihrem Gesetz, dass das „Gefängnis Zwangsheiraten“ sogar um ein Jahr verlängert wird.

Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Opfer

Mit unserem am 20. Januar in 1. Lesung beratenen Gesetzentwurf für ein erweitertes Rückkehrrecht im Aufenthaltsgesetz (Drs. 17/4197) haben wir besondere aufenthaltsrechtliche Hilfe für ausländische Opfer von Zwangsheirat vorgesehen, die in Deutschland gelebt haben. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir für Ausländer ein eigenständiges Aufenthaltsrecht schaffen, die vor der Eheschließung legal in Deutschland gelebt haben und im Ausland entweder zur Ehe oder zur Fortführung einer Ehe genötigt werden und deshalb nicht nach Deutschland zurückkehren können, bevor ihr Aufenthaltstitel erlischt. So bekommen sie die Möglichkeit der Rückkehr nach Deutschland.

Populismus und Kettenduldung

Ebenso kontraproduktiv und unsäglicher Populismus ist die im Gesetzespaket beschlossene Verschärfung des Aufenthaltsrechts, dass nur bei erfolgreichem Bestehen des Integrationskurses ein langfristiger Aufenthaltstitel zu erreichen ist, ansonsten wird der Titel auf 1 Jahr befristet. Dies ist eine Beruhigungsspielle für die Stammtische und erinnert in

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

der Konstruktion an die Kettenduldungen. Und vor allem werden diejenigen in eine schlechte Ausgangslage versetzt, die nicht schon mit einem hohen Bildungshintergrund zu uns kommen. Sehr fragwürdig, ob dies der Gesellschaft am Ende zugutekommt.

■ Außenpolitik

EURO-Stabilität braucht Unterstützung



In diesen Tagen finden mehrere entscheidende Treffen auf europäischer Ebene statt, die für die EURO-Stabilität entscheidend sind. Die SPD-Bundestagsfraktion begleitet diese Treffen mit eigenen Anträgen.

Zum Hintergrund

Als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise beschloss der Europäische Rat im Oktober 2010, einen ständigen Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität des gesamten Euro-Währungsgebietes einzurichten. Für die Errichtung des so genannten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wurde im Dezember 2010 beschlossen, den Vertrag von Lissabon zu ergänzen, Artikel 136 AEUV soll um einen dritten Absatz erweitert werden. Damit soll der ESM ab Juli 2013 in Kraft treten und den ESFS (European Financial Stability Facility), den Europäischen Rettungsschirm, ablösen.

Beim Europäischen Rat am 24./25. März wird darüber entschieden. In Deutschland muss dafür die Bundesregierung um das Einvernehmen mit dem Bundestag ersuchen. Viele Mitglieder des Bundestages, auch die der SPD-Fraktion, sind trotz ihrer Zustimmung zu Einrichtung des ESM verärgert über die mangelhafte Informationspolitik der Regierung, die das Parlament als Gesetzgeber nicht ausreichend ernst nimmt.

Anträge der SPD-Bundestagsfraktion

Deshalb wurden zwei Anträge der SPD-Fraktion eingebracht: Der erste bezieht sich auf das Verfahren zur Herstellung des Einvernehmens und auf die bewusste Missachtung der Informations- und Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages durch die Bundesregierung. Der zweite Antrag bezieht sich auf die in der vergangenen Woche von den Staats- und Regierungschefs der Eurozone getroffenen Vorentscheidungen für das Gipfeltreffen am 24. und 25. März. Wir unterstreichen damit unsere Kritik an der Bundesregierung und fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, einer sozialen Fortschrittsklausel sowie eine

angemessene Gläubigerbeteiligung, um die Finanzrisiken und die Lasten von Krisen gerechter zu verteilen.

■ IPS-Programm

Belgrad meets Berlin

Jelena Duvnjak stellt sich vor

Ich habe meinen Abschluss in Sozialpolitik und Sozialarbeit in Serbien gemacht. Kurz danach beschloss ich, ein wenig Distanz zum serbischen Regierungssystem zu gewinnen, das sich seit Jahren in großen Reformprozessen befindet. Ich bewarb mich um ein Internationales Parlaments-Stipendium (IPS) des Deutschen Bundestages, um Vergleichsmöglichkeiten mit einem eher ruhigeren und geregelten politischen System zu erwerben. Zurzeit bin ich Praktikantin im Büro der SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert.



Fünf Monate Programm

Im Rahmen des fünf-monatigen IPS-Programms besuche ich verschiedene politische Stiftungen und Seminare. Außerdem erhalte ich die Möglichkeit andere Stipendiaten aus den verschiedenen Ländern des Programms kennenzulernen, wie z.B.: aus Ost- und Südosteuropa, dem Balkan, Frankreich und den USA kennenzulernen. Durch die Vielzahl an Gesprächen erweitere ich meine Perspektiven und erfahre viel über die Eigenheiten der politischen Systeme der Welt.

Praktikum im Bundestag

Kern des IPS Programmes ist jedoch das Praktikum in einem Abgeordnetenbüro. Mein Praktikum fing letzten Montag erstaunlich ruhig mit einigen Sitzungen an. Thematisiert wurden sozialpolitische Probleme, wie Gesundheit, Versicherung und Einrichtungen für Pflegebedürftige. Mein erster Arbeitstag endete mit einer Mahnwache zur Abstellung von Atomkraftwerken in Deutschland.

Ich habe auch schon erste Erkenntnisse gewonnen: Auch die Politik in Deutschland ist, wie in meiner Heimat, immer eine Herausforderung. Denn es ergeben sich ständig neue Themen, für die mensch sich stark machen kann und stark machen soll.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ **Aus dem Bundestag**

Reform der Infrastrukturfinanzierung



Der Erhalt und Ausbau der Verkehrswege in Deutschland unter Berücksichtigung sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte ist eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge des Staates. Das von der Bundesregierung im Bundeshaushalt 2011 und der mittelfristigen Bundesfinanzplanung veranschlagte Investitionsvolumen wird allerdings nicht ausreichen, um das bestehende Niveau des deutschen Verkehrsnetzes zu erhalten und an den wachsenden Bedarf der Verkehrsentwicklung anzupassen. Wir haben die Regierung bereits im Februar 2010 aufgefordert, ein neues Konzept zu entwickeln und auch der Verkehrsausschuss hat dazu einen Antrag eingebracht. Dieser Beschluss muss noch diese Legislaturperiode umgesetzt werden. Wir fordern die Regierung in unserem Antrag „Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sichern – Deutschland braucht eine moderne Zukunftsstrategie zur Infrastrukturfinanzierung“ (Drs. 17/782) dazu auf, unter Beteiligung aller wichtigen gesellschaftlichen Kräfte ein Leitbild „Mobilität des 21. Jahrhunderts“ zu entwickeln und eine Reformdebatte zur Verkehrsinfrastrukturpolitik zu initiieren. Auf europäischer Ebene soll diese Diskussion in die Debatte über das Weißbuch Verkehr der Europäischen Kommission eingebunden sein. Weiterhin fordern wir, dass eine Zukunftskommission der Bundesregierung unter Beteiligung der Bundesländer und aller Fraktionen des Deutschen Bundestags eingerichtet wird, in der gemeinsam mit Fachexperten aus Wissenschaft und Praxis Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Infrastrukturfinanzierung erarbeitet werden. Im Rahmen der nationalen Umsetzung der auf europäischer Ebene in der Diskussion befindlichen Novellierung der EU-Wegekostenrichtlinie muss Deutschland ein umfassendes verkehrsträgerübergreifendes Konzept der Anlastung der externen Kosten erarbeiten. Das Ziel ist eine angemessene Beteiligung aller Verkehrsträger an den entstehenden Kosten zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur wie zur Kompensation der negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Mit der Mehrheit von CDU/CSU, FDP und Linksfraktion bei Enthaltung von Bündnis 90/die Grünen hat der Bundestag am 17. März diesen abgelehnt.

**SPD für Abschaffung der strafbefreienden
Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung**

Am 17. März wurde in 2./3. Lesung der schwarz-gelbe Entwurf eines Schwarzgeldbekämpfungsgesetzes verabschiedet. Die Neuregelung der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung überzeugt weder politisch noch fachlich. Trotz Änderungen bleibt der Gesetzentwurf handwerklich mangelhaft und vor allem weitgehend wirkungslos hinsichtlich der vollmundig angepriesenen „zielgenauen Bekämpfung der schwerkriminellen Steuerhinterziehung“. Der mühsam erzielte Koalitionskompromiss dient weder der Förderung der Steuerehrlichkeit, noch garantiert er einen effizienteren Steuervollzug oder gar mehr Steuergerechtigkeit.



Ein Jahr lang wurde in Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung kontrovers über Paragraph 371 Abgabenordnung diskutiert. Die SPD forderte seine Abschaffung, die Union die Offenlegung aller begangenen Steuerstraftaten und die Länder schlugen zahlreiche Änderungen vor, während FDP und Bundesregierung kaum verhohlen die Notwendigkeit einer Verschärfung der geltenden Rechtslage verneinten. Die jetzt beschlossene Regelung überdeckt notdürftig die gegensätzlichen Standpunkte der Koalitionsfraktionen.

Ihren Streit über die Neuregelung des Strafzuschlags, trug Schwarz-Gelb in der Öffentlichkeit aus. Damit letztlich niemand als Verlierer dasteht, musste - ungeachtet der gravierenden fachlichen Kritik der Sachverständigen am Gesetzentwurf - nach der Anhörung des Finanzausschusses ein politisch tragbarer Kompromiss gefunden werden. Der von CDU/CSU medienwirksam propagierte Anspruch auf vollständige Rückkehr der Straftäter in die Steuerehrlichkeit wurde dabei aufgegeben. Abgeschafft wird die Straffreiheit für Steuerhinterziehungen über 50.000 Euro. Der Straftäter hat es in diesen Fällen künftig aber selbst in der Hand, die Strafverfolgung durch die „freiwillige“ Zahlung eines fünfprozentigen Zuschlages auf die geschuldete Steuer zu verhindern. Vermögende Steuerhinterzieher können sich ihre Straffreiheit somit erkaufen.

Entscheidende fachliche Unzulänglichkeiten des Gesetzentwurfs, auf die die Sachverständigen im Zuge der Beratungen frühzeitig und nachdrücklich hinwiesen, wurden nicht korrigiert. Diese Defizite werden die künftige Arbeit der Steuerbehörden erheblich erschweren und schaden letztlich der angestrebten Rechtssicherheit. Wenn die schwarz-gelbe Koalition es ernst meinte mit der Bekämpfung



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

fung der Steuerhinterziehung, müsste sie konsequenterweise die Vorschläge der SPD zur Erhöhung des Entdeckungsrisikos aufgreifen und das Instrument der strafbefreienden Selbstanzeige nach einer kurzen Übergangsfrist abschaffen.

Schwarz-Gelb bremst Beratung des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz

Zusätzlich haben wir die Regierung mit einem Entschließungsantrag aufgefordert, das 2010 revidierte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen Deutschland und der Schweiz dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vorzulegen. Die Regierungsfractionen haben dies abgelehnt, so dass der deutsche Fiskus auf einen steuerlichen Informationsaustausch mit der Schweiz nach dem Standard des Artikels 26 OECD-Musterabkommen weiterhin warten muss.

Bereits im Oktober 2010 unterzeichneten die Regierungen beider Staaten die völkerrechtliche Vereinbarung. Die zum Inkrafttreten notwendige Ratifizierung sollte - so ausdrücklich das Revisionsprotokoll - „so bald wie möglich“ erfolgen. Doch die Regierungen nehmen diese Selbstverpflichtung erkennbar nicht ernst. Auf Seiten der Schweiz dürfte die Verzögerung auf die öffentliche Kritik zurückzuführen sein, die innerstaatlich an der Unterzeichnung des Abkommens vor einer Einigung mit Deutschland über eine sogenannte „Altfallregelung“ geübt wurde. Die Schweizer Banken sind unverändert nicht gewillt, die deutschen Steuerbehörden bei der Sachverhaltsermittlung bisheriger Steuerhinterziehungen zu unterstützen. Deshalb verhandeln Vertreter der beiden Staaten seit Jahresbeginn über eine pauschale Abgeltung der deutschen Steueransprüche.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gegenüber der Bundesregierung gravierende verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine solche Amnestieregelung exklusiv für Schwarzgeldanlagen in der Schweiz geltend gemacht. Von Bundesfinanzminister Schäuble wurden diese Warnungen bisher ignoriert. Und die Koalitionsfraktionen lehnten heute auch den Antrag der SPD ab, der die deutsche Regierung auffordert, im Rahmen der laufenden Verhandlungen mit der Schweiz über die Zusammenarbeit im Steuerbereich keiner Regelung zuzustimmen, die an eine Straffreiheit bei Steuerhinterziehung geringere Anforderungen stellt als der heute geänderte Paragraph 371 Abgabenordnung.

Meldungen aus Bundestag und Fraktion

16.02.11 Die SPD-Bundestagsfraktion lud aus Anlass des 100. Internationalen Frauentages zum Feiern in die Kalkscheune ein. Wir sind in der Gleichstellung von Frauen und Männern vorangekommen. 100% Lohn und 100% Gleichstellung müssen wir erst noch erreichen.

Zu Gast war Gudrun Landgrebe.



■ Aus Berlin und dem Wahlkreis

Häusliche Gewalt im Gesundheitswesen



Häusliche Gewalt ist keine Krankheit sondern eine Menschenrechtsverletzung. Häusliche Gewalt macht aber krank, erzeugt sichtbare und unsichtbare, körperliche und seelische Verletzungen. Schätzungsweise jeder vierten Frau wird in der Ehe, Familie oder Partnerschaft Gewalt angetan. Ulrike Neumann, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, thematisierte das Thema „Häusliche Gewalt“ und den Umgang damit im Gesundheitswesen im Rahmen ihres „Stadtteiltages Steglitz/Südende“ am 10. März 2011 im Griechischen Kulturzentrum in der Mittelstraße. An der Podiumsdiskussion nahmen Barbara Loth, Steglitz- Zehlendorfer Stadträtin für Wirtschaft, Gesundheit und Verkehr, Hedwig Francois-Kettner, Pflegedirektorin der Charité, Angelika May, S.I.G.N.A.L - Intervention im Gesundheitsbereich gegen Gewalt an Frauen e.V. - und ich teil, als Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages. Anschließend gab es ein geselliges „Get together“ anlässlich des Jubiläums „100 Jahre Internationaler Frauentag“ mit der Berliner Justizsenatorin Gisela von der Aue. Stadträtin Barbara Loth kündigte an, gegebenenfalls noch bestehende Kommunikations- und Versorgungslücken zwischen den bezirklichen Beratungs- und Gesundheitseinrichtungen schließen zu wollen. Frau Francois-Kettner verwies darauf, dass von der häuslichen Gewalt betroffene

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



Frauen in den Rettungsstellen der Charité auf speziell geschulte Mitarbeiterinnen treffen, die zusätzlich zur medizinischen Versorgung, Beratung und Information weitere Hilfsangebote und eine gerichtsverwertbare Dokumentation leisten können. Schon in die Erstausbildung aller Gesundheitsberufe und der Medizin gehöre ein Basiswissen zum Umgang mit häuslicher Gewalt. Mit Vehemenz setzte sich die Pflegedirektorin für eine Verbesserung der Beschäftigungssituation in den Pflegeberufen ein und forderte von der Politik, die Ausbildung bis zur Akademisierung durchlässiger zu gestalten und mehr für „Gute Arbeit“ in der Pflege zu tun. Außerdem will sie die Einrichtung einer Pflegekammer, damit die Interessen der Pflegekräfte im Gesundheitswesen wirkmächtiger vertreten werden können. Trotz gesellschaftspolitischer Fortschritte bestehe beim noch vor wenigen Jahren tabuisierten Thema „Häusliche und sexuelle Gewalt“ kein Grund zur Entwarnung, so Angelika May von S.I.G.N.A.L. e.V. Dabei unterstützt sie die zuvor benannten gesundheitspolitischen Forderungen.

Mir sind die hochkomplexen Anforderungen in der professionellen Pflege bekannt. Deshalb möchte ich mich bei den engagierten Mitarbeiterinnen bedanken. Für die Aufdeckung von häuslicher und sexueller Gewalt ist das Gesundheitswesen geradezu prädestiniert, da nahezu alle Frauen- sei es auf Grund körperlicher Misshandlungen oder psychosomatischer Erkrankungen in Folge der Gewalterfahrung - hier „landen“. Finanzielle Unabhängigkeit oder eigene Erwerbstätigkeit ist kein absoluter Schutz für betroffene Frauen und ihre Kinder, bietet aber größere Chancen zur Beendigung von gewalttätigen Beziehungen. Daher unterstütze ich die Forderungen zur Verbesserung der Ausbildung und Arbeit der Beschäftigten in der Pflege, wie breitere Interventionsstrategien im Gesundheitswesen, um flächendeckend neben der direkten medizinischen Behandlung auch eine umfassende Beratung sowohl in rechtlicher als auch psychosozialer Hinsicht. Auch ich fordere mehr berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungen, um adäquates Wissen und notwendige Handlungskompetenzen auszubauen. Eine effektive Interessenvertretung des Pflegepersonals gehört für mich dazu, deshalb unterstütze ich die Forderung nach einer Pflegekammer.

In der Diskussion wurde auch die unbefriedigende Gesundheitsversorgung von Frauen „sans papier“ thematisiert. Frauen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus hätten zumeist Angst, sich gegen häusliche und sexuelle Gewalt zu wehren und sich Dritten gegenüber zu öffnen, da sie mit rechtlichen Abschiebekonsequenzen rechnen würden. Hier besteht ebenfalls großer Handlungsbedarf.

Frauenmärz vor dem Rathaus Schöneberg

„Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen. Sie bekommen nichts“ erkannte einst Simone de Beauvoir. Also formulierten die Frauen vor dem Rathaus



Schöneberg ihre politischen Forderungen. Sie wollen mehr Straßen nach Frauen benannt haben, stärkere Sichtbarkeit der Frauenfußball-Weltmeisterschaft in den Medien, wirkliche Entgeltgleichheit, mehr politische Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Viele, viele lila Luftballons stiegen mit den Wünschen und Forderungen der Frauen in den Himmel. Zu den beschwingten Klängen der Brassgirls des Damenorchesters Salome tanzten zahlreiche Frauen vor dem Rathaus Schöneberg. Mir wurde die Ehre zuteil, die Eröffnungsrede zu halten. In meiner Ansprache beschrieb ich die Geschichte des Internationalen Frauentages und verwies auf gleichstellungspolitische Erfolge der letzten Jahrzehnte. Ich pochte auf das Recht der jungen Frauen nach modernen Rahmenbedingungen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben, ein gleichberechtigtes partnerschaftliches Leben ermöglichen.



Gesellschaftlicher Fortschritt und die Gleichstellung der Geschlechter gehören zusammen

Für die SPD-Bundestagsfraktion haben die Mitglieder der „AG Gleichstellungspolitik“ – in der ich stellvertretende Sprecherin bin - Eckpunkte für ein Gesetz zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit erarbeitet. In diesem Gesetz werden wir die einzelnen Schritte festlegen, die eine betriebliche Entgeltungleichheitspraxis abbauen und verhindern hilft. Die SPD will mit einem wirksamem Maßnahmenpaket gegen Niedriglöhne von Frauen angehen:

- durch die Stärkung der Tarifbindung insbesondere auch in den Dienstleistungsberufen
- durch einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, der vor allem Fraueneinkommen erhöht
- durch Maßnahmen gegen Lohndiskriminierung wie das Entgeltgleichheitsgesetz
- durch das Zurückdrängen von atypischen (Befristung, Teilzeit, Minijob, etc.) Beschäftigten
- durch ein Bundestariftrüugesetz, mit dem der öffentliche Dienst u.a. zum Vorbild der Entgeltgleichheit bei der öffentlichen Auftragsvergabe werden kann
- durch die Höherbewertung rentenrechtlicher Ansprüche für Zeiten mit sehr geringen Verdiensten und Beiträgen auch über 1992 (geltendes Recht) hinaus.

Die SPD steht für gleiche Bezahlung, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

Brot und Rosen: Tagesfahrt durch das politische Berlin

Auf meine Einladung als SPD-Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg hin, fand am 11. März im Rahmen des Tempelhof-Schöneberger Frauenmärz eine politische Tagesfahrt mit 50 Frauen statt.



Erste Station war das Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages, wo die Frauen sich mit mir zu einem über zweistündigen Gespräch trafen. Während des Gedankenaustausches mit den interessierten Bürgerinnen erläuterte ich meine politische Arbeit, die durch Sitzungswochen und Nicht-Sitzungswochen geprägt ist. Die anregende Diskussion drehte sich auch im weiteren Verlauf rund um Themen, die sich aufgrund meiner Mitgliedschaft im Gesundheitsausschuss, in der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik oder der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement schnell ergaben. Die Gäste waren sich im Meinungsaustausch einig, dass die schwarz-gelbe Gesundheitsreform mit ihren unsozialen Zusatzbeiträgen die strukturelle Probleme des Gesundheitswesens nicht löst, jedoch die Versicherten einseitig belastet. Engagiert diskutiert wurden weiterhin die Herausforderungen im Bereich der Pflege. Zu den größten gehört die Aufwertung der Pflegeberufe. Schon jetzt droht ein Fachkräftemangel. Keineswegs hinnehmbar ist die zu geringe Entlohnung dieser Professionen, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind.

In diesem Monat ist die UN-Behindertenrechtskonvention zwei Jahre in Deutschland in Kraft. Mit der Konvention werden die Rechte von 8,7 Millionen Menschen mit Behinderung in unserem Land gestärkt, soll Teilhabe, soll Inklusion nicht Exklusion für jeden Lebensbereich gewährleistet werden. Das gilt auch für das Gesundheitswesen. Zu viele Praxen sind noch nicht barrierefrei, zu viele MedizinerInnen noch unvertraut mit den Wechselwirkungen von Krankheiten und den ebenfalls sehr vielschichtigen Behinderungen. Gefordert wird von uns allen ein Umdenken. Berlin ist auf gutem Wege gerade hinsichtlich eines inklusiven Schulsystems.

Nach dem obligatorischen Gruppenfoto im Eingangsbereich des Paul-Löbe-Hauses – dem Haus der Ausschüsse - und einem vorzüglichen Mittagessen fand ein Besuch des Pflegestützpunktes Schöneberg in der Pallasstraße 25 statt. Pflegestützpunkte existieren seit der Pflegereform 2008. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür jahrelang gekämpft. Hier erhalten Pflegebedürftige und ihre Angehörigen eine

trägerunabhängige neutrale Beratung. Diese wird auf Wunsch von den Mitarbeiterinnen auch in den eigenen vier Wänden durchgeführt.

Den meisten Teilnehmerinnen war das Angebot der momentan 26 Berliner Pflegestützpunkte ebenso unbekannt wie die Tatsache, dass es seit dem 01. Januar 2009 einen Rechtsanspruch auf Pflegeberatung gibt. Diese geht ebenfalls auf eine Initiative der SPD zurück. Entsprechend zahlreich und intensiv waren die Fragen. Die Beratung umfasst sowohl die Bedürfnisse der zu pflegenden Person als auch die der ehrenamtlich Pflegenden. Fakt ist, dass häusliche Pflege nur dann auf Dauer möglich ist, wenn die Angehörigen lernen, mit ihren Kräften hauszuhalten und weiterhin auch selbst etwas für sich tun.

Das Willy-Brandt-Haus, die SPD-Bundespartei zentrale, war der nächste Stopp der politischen Tagesfahrt. Nach einer Führung durch das Haus, Erläuterungen seiner Funktionen und vielfältigen Nutzungen - wie zum Beispiel für zahlreiche Kulturveranstaltungen - fand ein Gespräch mit einer Referentin des SPD-Parteivorstandes zur Geschichte und zu den Erfolgen der 100 Jahre andauernden Internationalen Frauenbewegung statt.

Die gemeinsame politische Tagesfahrt im Rahmen des Tempelhof-Schöneberger Frauenmärzes endete mit einer Schifffahrt durch das Regierungsviertel. Auf der Spree konnten die 50 Frauen den Tag Revue passieren lassen und erhielten nochmals die Möglichkeit, in ungezwungener Atmosphäre offengebliebene Fragen zu stellen oder sich einfach nur mit mir zu unterhalten.



■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

■ Terminhinweise

23. März: 18:00 Uhr

- **Jasmin-Revolution in Nordafrika – neue Perspektiven für den palästinensischen Friedensprozess?**

Auf Einladung des Fachausschusses "Internationale Politik, Frieden und Entwicklung" der SPD Berlin diskutiert Mechthild Rawert zusammen mit der Leiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik Muriel Asseburg über den Einfluss der arabischen Revolutionen auf den Nahost-Konflikt.

*Berliner Abgeordnetenhaus
Niederkirchnerstr. 3, 10117 Berlin*

25. März: 10:00 - 12:00 Uhr

- **Equal Pay Day**

Der Deutsche Frauenrat und der Landesfrauenrat Berlin eröffnen den diesjährigen Equal Pay Day mit einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor

*Pariser Platz
www.equalpayday.de*

26. März: 10:00 - 12:00 Uhr

- **SPD-Aktionen zur Gesundheitspolitik**

*Informationsstand
Lichtenrade (Abt. 2)*

Im Wahlkreis für Sie unterwegs:

29. März: 19:30 – 22:00 Uhr

- **Forum-Gesundheit: Gesundheit für Mädchen & Frauen mit Behinderung**

Im Rahmen des Frauenmärzes in Tempelhof und Schöneberg veranstaltet die Gesundheitspolitikerin und stellvertretende Sprecherin der AG Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion Mechthild Rawert das Forum-Gesundheit. Susanne Handrick und Susanne Mansee vom Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V. sind als Expertinnen eingeladen. Themen:

- Welche Unzulänglichkeiten hat unser Gesundheitswesen für Mädchen und Frauen mit Behinderungen?
- In welchen Bereichen fehlen Haus- und Fachärzte?
- Was fehlt zu einem inklusiven Gesundheitswesen?
- Wo drückt der Schuh ganz besonders?

Anmeldung bitte über mein Wahlkreisbüro:
[mekthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de) oder telefonisch unter: 72 01 38 84. Danke.

*Info-Cafe im KoKuMa Stadtteilzentrum
Rathausstr. 28, 12105 Berlin*

Weitere Termin-Infos unter:

www.mechthild-rawert.de/date-browser

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.



Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 737 50
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

Kontakt.

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86
12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884
Fax: 030/720 13 994

eMail: [mekthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de)

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Online.

 www.mechthild-rawert.de

 www.facebook.com/mechthild.rawert

 www.flickr.com/photos/mechthild-rawert

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

